

Antrag 2024/I/Woh/1

ASJ Hamburg

Beschäftigten wieder verstärkt günstigen Wohnraum in Hamburg schaffen

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Senat wird aufgefordert, seinen Beschäftigten wieder verstärkt günstigen Wohnraum in
3 Hamburg zu verschaffen (z.B. Dienstwohnungen).

4 **Begründung**

5 Die Lebenshaltungskosten – und insbesondere die Mietkosten – in einer Großstadt wie Ham-
6 burg sind deutlich höher als im Umland oder in kleineren Gemeinden. Während die Beschäf-
7 tigten im Öffentlichen Dienst in München eine Ballungsraumzulage und die Beschäftigten in
8 Berlin eine Hauptstadtzulage erhalten, gehen die Bediensteten in Hamburg leer aus. Mit ihrer
9 Forderung nach einer Stadtstaatenzulage haben sich die Gewerkschaften in den zurückliegen-
10 den Tarifverhandlungen – mit Ausnahme der vorgenannten Hauptstadtzulage – nicht durch-
11 setzen können.

12 Zahlreiche Beschäftigte insbesondere des Öffentlichen Dienstes können sich daher das Woh-
13 nen innerhalb der Stadtgrenzen nicht mehr leisten und ziehen ins Umland. Nach dem Umzug
14 kommt dann immer häufiger auch ein Arbeitsplatzwechsel in Wohnortnähe. Hamburg verliert
15 dadurch ausgebildetes Fachpersonal.

16 Diejenigen, die weiterhin nach Hamburg zur Arbeit pendeln, belasten hierdurch nicht nur die
17 Umwelt. Ihnen fehlt auch zunehmend der mentale Bezug zur Hansestadt. Deshalb ist es wich-
18 tig und im Ergebnis auch kostengünstiger, ausgebildete Beschäftigte hier zu halten statt immer
19 wieder neu ausbilden zu müssen.

20 Primär benötigen die Menschen, die für diese Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger arbeiten,
21 bezahlbaren Wohnraum. Im Jahr 2006 besaß Hamburg gerade einmal 700 Dienstwohnungen
22 (Bü-Drs. 18/5001). Diese Zahl ist seither nicht gestiegen. Außerhalb des öffentlichen Dienstes
23 ist es längst (wieder) normal geworden, mit Wohnungen um Mitarbeiter zu werben. So stellen
24 z.B. HASPA, HHA, Budnikowski und sogar das UKE ihren Mitarbeiter*innen bewusst Wohnun-
25 gen zur Verfügung, um diese nach Hamburg zu holen bzw. hier zu halten (siehe Aufmacher im
26 Hamburger Abendblatt vom 10./11.02.2024).

27 Die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ist essenziell für das
28 Funktionieren unseres Gemeinwesens. Bereits jetzt merken wir, dass der Staat seine unmittel-
29 baren Aufgaben immer schlechter wahrnehmen kann, weil Mitarbeiter*innen fehlen. Wir als
30 ASJ sind auf diesen Missstand gestoßen, als wir uns mit der Personalnot auf den Geschäfts-
31 stellen der Hamburger Gerichte und Staatsanwaltschaften auseinandergesetzt haben. Diese
32 Problematik beschränkt sich allerdings nicht auf die Justiz und gilt für alle Bereiche des öffent-
33 lichen Dienstes.

34 Gerade angesichts des bevorstehenden Ruhestands der Babyboomer-Generation ist es höchste
35 Zeit zu handeln. Günstiger Wohnraum für alle öffentlich Beschäftigten, insbesondere für die
36 unteren Einkommensgruppen bei den Gerichten, der Polizei oder Feuerwehr, ist unverzichtbar,
37 wenn Hamburg nicht abgehängt werden soll.